

Entschließungsantrag **der Gruppe der PDS**

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 13/7233, 13/7265 –

Einsatz deutscher Streitkräfte zur Evakuierung deutscher Staatsbürger und unter konsularischer Obhut befindlicher Staatsangehöriger anderer Nationen aus Albanien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die gegenwärtige Lage in Albanien gibt Anlaß zu größter Sorge. Die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Balkanregion scheint vorerst gebannt zu sein. Dennoch bleibt die Situation äußerst kritisch. Ausgangspunkt dieser Krise ist die Ausplünderung eines großen Teils der albanischen Bevölkerung durch skrupellose Geschäftemacher, an der die u. a. von der Bundesregierung unterstützte Regierung Berishas nicht unbeteiligt war.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bildung der Allparteien-Übergangsregierung der Nationalen Versöhnung, die Vereinbarung von Neuwahlen und die Ausrufung einer Amnestie als notwendige erste Schritte einer friedlichen Lösung der angestauten Probleme im Land.

Eine stabile Entwicklung Albaniens ist dauerhaft nur dann garantiert, wenn die grundlegenden Menschenrechte und Prinzipien einer parlamentarischen Demokratie eingehalten werden. Die massiven Manipulationen bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr, die mit undemokratischen Methoden erfolgte Ausschaltung der politischen Opposition und die mit dem Ausnahmezustand eingeführte Pressezensur widersprechen massiv den im Rahmen der OSZE und des Europarates vereinbarten Grundsätzen. Deren Mißachtung behindert zugleich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Sie ist eine der Hauptursachen für die gegenwärtige Situation.

In westlichen Hauptstädten wurde aus verschiedenen Gründen oft darüber hinweggesehen. Dies trifft auch auf die Bundesregierung

zu. Auch deshalb muß die Bundesrepublik Deutschland als einer der wirtschaftlich wichtigsten Partner Albaniens, die mit dem Balkanland zudem eine enge militärische Kooperation pflegt, zur friedlichen Lösung des Konflikts beitragen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die albanischen Konfliktparteien nachdrücklich aufzufordern, auf den Einsatz bewaffneter Gewalt zu verzichten und alle Probleme friedlich zu lösen;
- die Bemühungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates um Vermittlung und eine dauerhafte Friedenslösung wirksam zu unterstützen;
- der Allparteien-Regierung der Nationalen Versöhnung bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung im Land und der Vorbereitung der geplanten Wahlen politische Unterstützung zu gewähren;
- auch weiterhin jegliche militärische Intervention von außen abzulehnen;
- die militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den albanischen Streitkräften zu suspendieren;
- sich im Falle einer politischen Lösung des Konfliktes und der Respektierung der Menschenrechte in Albanien für eine umfassende wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung des Landes – vor allem als „Hilfe zur Selbsthilfe“ – durch die EU einzusetzen, bei der gewährleistet sein muß, daß diese Hilfe auch tatsächlich einer spürbaren Verbesserung der Lebenslage der albanischen Bevölkerung dient;
- Albanien eine humanitäre Soforthilfe in Form von Nahrungsmitteln zur Verfügung zu stellen;
- bis auf weiteres einen Abschiebestopp für albanische Flüchtlinge zu erklären und aus humanitären Gründen weitere Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen;
- sich im Rahmen der EU für eine gemeinsame Linie der Mitgliedsländer im oben genannten Sinne einzusetzen und sich mit zivilen Beratern und Experten an der geplanten EU-Mission zu beteiligen.

Bonn, den 19. März 1997

Dr. Gregor Gysi und Gruppe